



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 385 Anfrage Töngi Michael und Mit. über eine gesetzliche Verankerung der Luzerner Museen / Bildungs- und Kulturdepartement

Michael Töngi ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Michael Töngi: In meiner Anfrage geht es um die sogenannte schwarze und rote Liste, über die wir letzten Sommer diskutiert haben. Der Regierungsrat hat bisher stets betont, dass für den Voranschlag 2018 nur Massnahmen umgesetzt werden können, die keiner Gesetzesänderungen bedürfen. Trotzdem hat es die Schliessung der Museen auf die rote Liste geschafft. Für die Schliessung eines im Gesetz verankerten Museums wäre eine Gesetzesänderung notwendig gewesen. Die Antwort der Regierung ist sehr dürftig ausgefallen. In der Antwort zu Frage 3 heisst es: „(...) wird vom Ergebnis der Überprüfung abhängen.“ In der Antwort zu Frage 4 heisst es: „Erst nach der Prüfung wird definitiv feststehen, (...)“. In den Antworten zu den Fragen 5 und 6 heisst es beide Male: „Zunächst sind die Ergebnisse der Überprüfung der OE17-Massnahme für das Natur-Museum abzuwarten.“ Der Prüfauftrag, wie es mit den Museen weitergehen soll, ist bereits vor über einem Jahr erteilt worden. Die Museen werden durch diesen Prüfauftrag zusätzlich belastet. Damit sie ihre Arbeit planen können, sollten sie wissen, wie es weitergehen wird. Wir hoffen, dass dieses Projekt, das sich immer mehr in die Länge zieht, ad acta gelegt wird. Es scheint kein grosses Sparpotenzial vorhanden zu sein, ausser wenn die Museen ihre Leistungen abbauen. Wir hoffen, dass das Natur-Museum wie schon längst versprochen saniert wird.

Helene Meyer-Jenni: Die SP-Fraktion ist enttäuscht über die äusserst knappe, widersprüchliche und zum Teil ärgerliche Antwort des Regierungsrates. Unser vorschnelles Fazit lautet, dass die Fragen scheinbar auf Schwachstellen deuten bei dieser doch ziemlich akrobatischen Vorgehensweise, welche die Regierung an den Tag gelegt hat. Die Regierung müsste allenfalls eingestehen, dass einerseits die Kürzung der Finanzen und andererseits die schnelle Zusammenführung des Natur-Museums mit dem Gletschergarten in so kurzer Zeit und ohne Gesetzesänderung auf wackligen Beinen gestanden sind. Wir erwarten nun aber, dass es vorwärtsgeht und der Prüfbericht vorgelegt wird. Die Regierung soll ernsthaft prüfen, wohin die Reise des Natur-Museums und des Gebäudes gehen soll, um auch hier im Rat die politische Diskussion führen zu können. Die Regierung muss Klarheit schaffen für einen Museumsbetrieb, von dem wir alle etwas erwarten. Die Situation ist für alle Beteiligten unhaltbar, wenn nicht bald definiert wird, wie es weitergeht. Wir bitten die Regierung deshalb um klare Antworten.

Gaudenz Zemp: Im September 2017 hat der Kantonsrat die Schuldenbremse angepasst. Dadurch ist eine Schliessung des Natur-Museums nicht mehr notwendig. Somit ist auch die vorliegende Anfrage hinfällig geworden. Die Zukunft des Natur-Museums ist nun Gegenstand der OE17. Das Ergebnis ist zu Recht offen. Das Natur-Museum ist aus drei Gründen

entstanden: Erstens war der Bedarf nachgewiesen. Zweitens hat man die Form eines Museums als geeignet erachtet, um diesem Bedarf zu entsprechen. Drittens waren die finanziellen Möglichkeiten vorhanden. Sollte sich in der Zwischenzeit etwas an diesen Gründen geändert haben, ist nach Alternativen und neuen Formen zu suchen. Die FDP erwartet, dass diese Klärung im Rahmen der OE17 erfolgt.

Michael Töngi: Seit gut einem Jahr diskutieren wir über die Zukunft dieser Museen. Weder die CVP- noch die SVP-Fraktion haben sich inhaltlich zu diesem Thema geäußert. Die FDP-Fraktion zeigt sich zwar offen, erklärt aber nicht, wofür. Den Museen zuliebe würde ich gerne die Meinung der anderen Fraktionen hören. Dann weiss vielleicht auch der Regierungsrat, in welche Richtung er gehen sollte.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wir sollten uns die zeitlichen Verhältnisse vor Augen halten. Die Grundsatzfrage zum Natur-Museum wurde durch Ihren Rat im September 2017 beantwortet, und damit haben wir den Auftrag erhalten, nach einer entsprechenden Lösung zu suchen. Unsere Antwort auf die Anfrage ist tatsächlich etwas kurz ausgefallen, deshalb kann ich Ihre Unzufriedenheit nachvollziehen. Da der Prüfauftrag aber noch nicht abgeschlossen ist, sind die Antworten entsprechend vage ausgefallen. Bevor wir aber über die Sanierung der Infrastruktur diskutieren können, die gleichzeitig eine inhaltliche Erneuerung beinhalten soll, muss eine gute Lösung vorliegen. Ich habe die EBKK an ihrer letzten Sitzung umfassend über den aktuellen Stand informiert. Wir streben eine gute Lösung an, können Ihnen diese zurzeit aber noch nicht präsentieren.